



MHKBG Nordrhein-Westfalen • 40190 Düsseldorf  
- per elektronischer Post -

An die  
Bezirksregierungen  
Arnsberg, Detmold, Düsseldorf,  
Köln und Münster

nachrichtlich

An die  
kommunalen Spitzenverbände  
in Nordrhein-Westfalen

An die  
Gemeindeprüfungsanstalt NRW

5. September 2019

Seite 1 von 3

Aktenzeichen  
304 - 48.07.01-1005  
bei Antwort bitte angeben

RR Verena Berghoff  
Telefon 0211 8618-5548  
Telefax 0211 8618-54444  
verena.berghoff@mhkgb.nrw.d

### **Vergabegrundsätze für Gemeinden nach § 26 der Kommunalhaus- haltsverordnung Nordrhein-Westfalen (Kommunale Vergabegrund- sätze)**

Bestimmung der Wertgrenzen nach den Vergabegrundsätzen für Ge-  
meinden

Mit Bezug auf meinen Erlass vom 1. März 2019 (304 -48.07.01/01-169/18 (18)) habe ich zur Kenntnis genommen, dass im kommunalen Bereich unterschiedliche Rechtsauffassung hinsichtlich der Auslegung des Auftragswertes nach Ziffer 6.3 der von mir mit Runderlasses vom 28. August 2018 (304 -48.07.01/01-169/18; MBl. NRW. 2018 S. 492) bekannt gegebenen kommunalen Vergabegrundsätze existieren und es daher in der Vergangenheit zu einer uneinheitlichen Anwendung der kommunalen Vergabegrundsätze gekommen ist.

In dem o. g. Runderlass wurde erstmals in Ziffer 1.3 zur Bestimmung des zu schätzenden Auftragswertes auf § 3 der Vergabeverordnung (VgV) vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (BGBl. I S. 1117) geändert worden ist, verwiesen. Der Runderlass ist am 15. September 2018 in Kraft getreten. Damit gilt ab diesem Zeitpunkt, dass — insoweit die kommunalen Vergabegrundsätze von einem vorab geschätzten Auftragswert ausgehen — zur Bestimmung des Auftragswertes § 3 VgV entsprechend anzuwenden ist. Hierbei ist grundsätzlich von dem geschätzten Gesamtwert ohne Umsatzsteuer für die vorgesehene Leistung auszugehen.

Jürgensplatz 1  
40219 Düsseldorf  
(Anfahrt über Hubertusstraße)

Telefon 0211 8618-50  
Telefax 0211 8618-54444  
poststelle@mhkgb.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Straßenbahnlinien 706, 708  
und 709 bis Haltestelle  
Landtag/Kniebrücke

Leistungen, die im Hinblick auf ihre technische und wirtschaftliche Funktion einen einheitlichen Charakter aufweisen, sind zur Auftragswertermittlung zusammenzufassen (funktionale Betrachtungsweise). Hierbei sind organisatorische, inhaltliche, wirtschaftliche sowie technische Zusammenhänge zu berücksichtigen. Im Umkehrschluss muss keine Zusammenfassung der Leistungen erfolgen, wenn diese anhand der vorgenannten Kriterien klar voneinander abzugrenzen sind. Dies ist für jedes Vergabeverfahren individuell zu prüfen.

Bei Aufträgen über Bauleistungen unterhalb des EU-Schwellenwertes soll gemäß Ziffer 4.1. der Kommunalen Vergabegrundsätze die Vergabe- und Vertragsordnung (VOB) für Bauleistungen angewendet werden. Nach Ziffer 6.3. der Kommunalen Vergabegrundsätze werden davon abweichende vereinfachende Möglichkeiten zur Wahl der Vergabeart zugelassen, welche jedoch keine darüberhinausgehende Verpflichtung begründen. Sofern von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, gilt für die benannten Wertgrenzen in Ziffer 6.3. der kommunalen Vergabegrundsätze, dass

- Bauleistungen, die **nicht in einem funktionalen Zusammenhang** stehen, jeweils bis zu einem vorab geschätzten Auftragswert von 100 000 Euro netto freihändig und bis 1 000 000 Euro netto beschränkt (jeweils auch ohne Teilnahmewettbewerb) vergeben werden können,
- Bauleistungen, die in einem **funktionalen Zusammenhang** stehen, nur freihändig beziehungsweise beschränkt (jeweils auch ohne Teilnahmewettbewerb) vergeben werden können, soweit in ihrer Addition des vorab geschätzten Auftragswerts 100 000 Euro netto bzw. 1 000 000 Euro netto nicht überschritten werden.

Soweit von der vereinfachenden Möglichkeit der Kommunalen Vergabegrundsätze nach Ziffer 6.3 kein Gebrauch gemacht wird, sollen die Vorgaben der VOB (vgl. Ziffer 4.1 der Kommunalen Vergabegrundsätze) für Aufträge von Bauleistungen angewendet werden. Danach können bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen auch die Ausnahmetatbestände des § 3a VOB/A berücksichtigt werden. Dies gilt unabhängig davon, ob die in Ziffer 6.3 genannten Wertgrenzen überschritten werden oder nicht (insoweit Klarstellung durch Ziffer 6.4. der kommunalen Vergabegrundsätze).

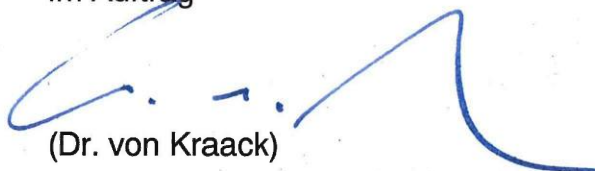
Im Hinblick auf die in der Vergangenheit vorhandenen Rechtsunsicherheiten im kommunalen Bereich und einer möglichen abweichenden rechtlichen Einschätzung vor Bekanntgabe dieses Erlasses, bitte ich mit Blick auf die in der Vergangenheit vorstehend beschriebenen Rechtsunsicherheiten in der kommunalen Praxis insbesondere im Rahmen der Prüfung von Zuwendungen, in Ausübung ihres pflichtgemäßen Ermessens, von

Beanstandungen abzusehen, insoweit ein Vergabeverstoß allein aufgrund der Auslegung der Wertgrenzen von Ziffer 6.3 der kommunalen Vergabegrundsätze als gewerkebezogene Wertgrenze und nicht als Auftragswert i.S.v. § 3 VgV erfolgt ist.

Seite 3 von 3

Ich bitte Sie, die Ihrer Aufsicht unmittelbar unterstehenden Kommunen und die Kommunalaufsichten der Landräte zu informieren. Weiterhin bitte ich Sie, die Kommunalaufsichten der Landräte um Information der dort beaufsichtigten Kommunen zu bitten.

Im Auftrag



(Dr. von Kraack)